Heute hier, morgen fort – Rücknahme der Cannabislegalisierung?

O wie so trügerisch kann das Vertrauen in den Fortbestand des Rechts sein. In keinem anderen Rechtsgebiet ist dieses Vabanque-Spiel mit dem Vertrauen der rechtstreuen Bürger*innen so problematisch wie im Strafrecht. Wer nicht (mehr) weiß, was legal ist und was mit Strafe bedroht ist, der wird keine Einsicht in die Illegitimität des Normbruchs zeigen – genauso wenig wie die Gesellschaft, deren Normgeltungsvertrauen mittels Schuldverdikt affirmiert werden soll. Deshalb verlangt Art. 103 Abs. 2 GG dem Gesetzgeber ab, den Normunterworfenen verständlich zu machen, wo die Grenzen zur Strafbarkeit verlaufen.

Ein Jahr nach der Teillegalisierung des Umgangs mit Cannabis – der folgenreichsten Reform des deutschen Betäubungsmittelstrafrechts seit der BtMG-Einführung – diskutiert die neue Bundesregierung bereits ihre Rückabwicklung. Was im Wahlkampf noch unverrückbare Kernprogrammatik war, soll nach dem Koalitionsvertrag zumindest von der evidenzbasierten Evaluation nach § 43 Abs. 2 S. 4 KCanG in wenigen Monaten (zum 01.10.2025) abhängen. Diese beschränkt sich allerdings auf Fragen des Jugendschutzes – keine stabile Grundlage einer umfassenden Neubewertung. Eine langfristige Förderlinie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt mit Laufzeit bis 2028 ist bereits ausgeschrieben. Vorher dürften die Auswirkungen der Teillegalisierung kaum valide erfassbar sein. Bereits jetzt zeigt sich jedoch: Das KCanG entlastet die Strafverfolgung signifikant. Während die PKS im Jahr 2023 173.945 allgemeine Verstöße und insgesamt 215.865 sog. Rauschgiftdelikte mit Cannabis auswies, verzeichnete sie bis zum 31.03.2024 noch immer 16.835 allgemeine Verstöße unter dem BtMG, danach nur noch 4.935 Verstöße gegen § 34 KCanG, also nur 26.405 sog. Rauschgiftdelikte mit Cannabis – ein Rückgang um knapp 88 %.

Dass Gerichte und Staatsanwaltschaften bisher noch immer stöhnen, ist nicht nur dem Mehraufwand durch die Amnestie, sondern in erheblichem Maße legislativen Fehlern des KCanG geschuldet. Wo etwa der Gesetzgeber unterließ, Grenzwerte selbst zu bestimmen – bspw. die nicht geringe Menge sowie den Anwendungsbereich des § 35a KCanG –, die Tathandlung des Herstellens vom eingeschränkt legalen Anbau abzugrenzen oder legale Entsorgungswege übermäßig erfolgreicher Ernten zu normieren, schließt die Rechtsprechung akribisch Lücken; bisher persistent zulasten der Beschuldigten. Der enorme Aufwand hätte sich durch gute Gesetzgebung vermeiden lassen.

Kehrte man jedoch unumwunden zur alten Rechtslage zurück, wäre der Aufwand in besonderem Maße gegenstandslos. Ein solches *trial and error* in Gesetzesgestalt führt zu Frustration in der Justiz und ist der Gesellschaft nicht zu erläutern. Viele haben im Vertrauen auf die neue Rechtslage in Cannabisclubs erhebliche Investitionen getätigt. Anders als etwa in der Corona-Pandemie mit ihren wochenaktuellen Verordnungen gibt es keinen legitimen Anlass, dieses Vertrauen zu enttäuschen. Eine solche Enttäuschung würde auch den Bundeshaushalt belasten. Ob begründet oder nicht – Entschädigungsansprüche werden geltend gemacht werden. Es ist aber weder im Sinne des belasteten Justizapparats, noch des freiheitlichen Rechtsstaats, wenn die Rahmenbedingungen der Cannabislegalisierung vor den Zivilgerichten ausgefochten werden.

Stattdessen sollte sich der Gesetzgeber auf die Ziele zurückbesinnen, die er mit der Teillegalisierung verfolgte: Gesundheitsschutz garantieren, die Freiheit mündiger Bürger*innen gewährleisten und der organisierten Kriminalität den Kampf ansagen. Diesen Kampf gewinnt nur, wer den Markt austrocknet. Wer nicht muss, der geht nicht zum teuren Dealer. Wer kann, der kauft legal. Die Herausforderung der Legislaturperiode wird also nicht sein, *tabula rasa* zu machen, sondern die Grundlage für die staatlich kontrollierte Abgabe von Cannabis (nur) an Erwachsene zu schaffen. Dann klappt's auch wieder mit dem Normvertrauen.

Staatsanwalt Dr. Simon Pschorr, Regensburg